



NEWSLETTER

der Berliner Linken in der SPD

Nr. 03/2010 – 22. Dezember

Liebe GenossInnen,

■ „Krisensitzung zum Verkauf der BIH“ titelte der Tagesspiegel am 22.12.2010 und tatsächlich hatte Michael Müller ein BL-Votum, das er für „entbehrlich“ hielt, zum Anlass einer Sondersitzung des Fraktionsvorstands genommen. Das ist erstaunlich, da ein solches Votum informell erbeten worden war, um die Frage eines BIH-Verkaufs nicht ohne Aussicht auf Erfolg in Senat und Fraktion einzubringen. Wir haben uns presseöffentlich zurückgehalten. Dies auch deshalb, weil der gerade mal vier Wochen alte Landesparteitagsbeschluss im Raum steht, der einen Verkauf der Berliner Immobilienholding ausschließt und von der Finanzverwaltung ein Konzept zur Sicherung der 20.000 Berliner Wohnungen einfordert. Die Vorlage dieses Konzepts Anfang Januar zur angesetzten Beratung der Fraktion über einen offenbar ausgehandelten Kaufvertrag (vgl. Tagesspiegel) dürfte zu den Highlights des Jahresbeginns 2011 gehören.

Zu den Highlights des Jahresausklangs 2010 gehört sicherlich die Pressearbeit des Sprechers der Parteirechten, Fritz Felgentreu. Er sah in dem BL-Votum die „offene Machtübernahme in der SPD“, eine „Zerstörung der Zusammenarbeit“ und eine „inakzeptable, verantwortungslose Haltung“. Zudem bereicherte er uns und die staunende Berliner Öffentlichkeit mit der Erkenntnis, dass die „SPD-Linke im verfassungsmäßigen System der repräsentativen Demokratie nicht vorgesehen“ sei.

Im Newsletter findet Ihr zwei Beiträge, die sich mit der Frage BIH befassen: u.a. von Torsten Schneider, SPD-Mitglied im Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses. Zudem wird sich das nächste Plenum der BL am 12. Januar 2011 dem Thema widmen.

Neben der BIH-Frage hat sich der Koordinierungskreis der BL am 18.12.2010 aber auch mit der SPD-Bundespolitik auseinandergesetzt. Hier machen uns die nicht immer konsistenten inhaltlichen Sprünge bzw. Volten zunehmend Sorge. Aktuell steht die Sorge um „Neujustierungen“ des Konzepts der Bürgerversicherung im Vordergrund. Aber auch die Vorstellungen von Gabriel und Heiko Maas zur Parteireform (u.a. Vorwahlen) bedürfen einer genauen Beobachtung. Zur Bundesebene findest Du einen Beitrag von Mechthild Rawert im Newsletter.

Der Koordinierungskreis der BL hat zudem zwei temporäre Arbeitsgruppen eingerichtet, die im ersten Halbjahr zwei zentrale Themenfelder für die BL eng begleiten sollen: AG Rekommunalisierung (Ansprechperson: Mark Rackles) wird sich der konkreten Umsetzung unserer LPT-Beschlüs-

Newsletter der Berliner Linke in der SPD

Aus dem Inhalt

BIH – gutes Risikogeschäft oder schlechter Immobiliendeal?

Von Mark Rackles, stellv. Landesvorsitzender

Berliner Immobilien Holding GmbH – BIH

Von Torsten Schneider, MdB

„Unsere“ Bürgerversicherung !

Von Mechthild Rawert, MdB

In der „**Berliner Linke**“ (BL) organisiert sich die Berliner SPD-Landeslinke. Wir sind Teil der organisierten SPD-Linken auf Bundesebene (Forum DL/21) und in allen Kreisen mit VertreterInnen präsent.

se widmen (auch und gerade im Hinblick auf das Wahlprogramm); die AG Bezirke (Ansprechpersonen: Barbara Loth und Marc Schulte) soll die Schnittstelle zwischen den bezirklichen Wahlprogrammen und dem Landeswahlprogramm sowie die Haushaltsberatungen begleiten. Vereinbart wurde zudem, dass das übernächste BL-Plenum im Februar stattfinden soll und die linken Eckpunkte innerhalb des Wahlprogrammprozesses definieren soll. Das war's dann auch schon. Der SprecherInnenrat der Berliner SPD-Linken wünscht Euch allen ein paar schöne und erholsame Feiertage. Kommt gut in ein gesundes, glückliches und erfolgreiches Jahr 2011 hinüber, das für uns alle ja noch einiges an Spannung bereithalten wird.

Mit herzlichen Jahresendgrüßen

Mark Rackles

Stellvertretender Landesvorsitzender und Sprecher der BL

Impressum

Verantwortlich für den Inhalt:

Mark Rackles, Bischweilerstr. 11 in 14163 Berlin

Kontakt: kontakt@spd-linke.de

Web: www.spd-linke.de

Bitte an die jährliche „Revolutionssteuer“ denken: 15,- €
(Erwerbslose/ Studis/ RentnerInnen: 10,- €)

Konto-Inhaber: Mark Rackles/ „Berliner Linke“

Konto-Nr. 620 190 710

Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00

BIH – gutes Risikogeschäft oder schlechter Immobiliendeal?

Von Mark Rackles, stellvertretender Landesvorsitzender

■ Den offenbar möglichen Verkauf der landeseigenen Berliner Immobilien-Holding (BIH) kann man aus zwei sehr unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten und bewerten: einerseits könnte es um die – vermeintlich abschließende – Beendigung des Berliner Bankenskandals pünktlich im Wahljahr 2011 gehen, andererseits könnte es aber auch um den Verkauf von 41.000 Mieteinheiten gehen. Konzentriert man sich auf die knapp 39.000 Wohneinheiten, von denen sich 20.000 in Berlin befinden, dann wäre es eines der größten anstehenden Immobiliengeschäfte in Deutschland.

Auch aus linker Sicht hat der Abschluss des Bankenskandals (der nicht unwesentlich in der bekannten neoliberalen Logik „Gewinne privatisieren – Verluste sozialisieren“ gründete) einen hohen politischen Wert. Dieser Wert ist aber kein Wert an sich, sondern in enger Verbindung mit dem Preis und den Folgewirkungen zu sehen. Zudem muss bei der Bewertung berücksichtigt werden, welche horrenden Beträge die öffentliche Hand bislang bereits aufgebracht hat und welche Risiken zum jetzigen Zeitpunkt effektiv noch auf der BIH lasten bzw. mittelbar dem Land angelastet werden können.

Es geht um sehr viel Geld, um sehr komplizierte rechtliche Konstruktionen, erhebliche Garantien aus Bürgschaften und Patronaten sowie um einen relevanten Wohnungsbestand. Zudem geht es um eine ausgesprochen politische Materie, über die bereits ein Senat gestürzt ist/ wurde. Es ist daher nicht nur legitim sondern im Sinne eines verantwortlichen Umgangs mit öffentlichen Mitteln und Vermögen notwendig, einen vermeintlichen Verkaufsdruck und die Bedingungen und Folgen eines Verkaufs kritisch zu hinterfragen.

Wenn der Nachweis erbracht wird, dass mit der BIH aus den Risiken der Haftungsübernahme dauerhafte und erhebliche Belastungen für den Berliner Landeshaushalt entstehen, so wird man sich kaum der Frage entziehen können, warum uns der Besitz an (dann offenbar strukturell defizitären) Immobilienobjekten mehrere Hundert Mio. EUR pro Jahr sein soll; Gelder, die uns dann bei Bildung, Jugend und sonst wo fehlen. Das wäre angesichts der heterogenen Bestände und der Tatsache, dass es sich nicht um typische Sozialwohnungen handelt, wohl eher kritisch zu sehen. Herr Dr. Nussbaum lässt sich in den Medien mit „horrenden jährlichen Kosten“ für das Land Berlin zitieren; es werden Beträge zwischen 150 und 400 Mio. EUR Schaden pro Jahr genannt.

Und hier fangen dann die Fragen an.

Trotz mehrmonatiger Bemühungen und trotz schriftlicher Fragen auf Ebene der Parteiführung bzw. Hauptausschussmitglieder zu den Bereichen „Werthaltigkeit der BIH“, „Risikohaltigkeit der BIH“ und „Rentabilität der BIH“ waren konkrete Zahlen von der Finanzverwaltung nicht zu erhalten. Im Kern ging und geht es um die Frage, ob die BIH zwischenzeitlich durch die massiven Kapitalzuflüsse des Landes Berlin nicht eher ein eingeschränktes, mittelfristig handhabbares Risiko für das Land darstellt und die Werthaltigkeit des Konzerns deutlich angestiegen ist. Somit wäre ein „Fortführungsszenario“ ggf. auch finanzpolitisch vertretbar.

In diesem Sinne könnten man auch die aktuelle Bilanz zum Geschäftsjahr 2009 lesen, der zu entnehmen ist, dass die BIH über ein sehr hohes Anlagevermögen (Grundstücke/ Bauten) verfügt, Ende 2009 den Kassenbestand und Guthaben gegenüber 2008 fast verdoppelt hat (knapp 150 Mio. EUR), die Mieterträge 2009 um knapp 21% gesteigert werden konnten, der Bilanzverlust deutlich abgesenkt und das Eigenkapital deutlich aufgestockt werden konnte. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und sonstige Verbindlichkeiten konnten 2009 von 191,2 Mio. EUR auf 1,2 Mio. EUR bzw. von 802 Mio. EUR auf 322 Mio. EUR gesenkt werden. Zentral auch der sehr deutliche Abbau der sog. Haftungsverhältnisse (hier steckt das Land Berlin drin): von 2008 auf 2009 wurde die Haftung von 12,87 Mrd. EUR auf 8,411 Mrd. EUR reduziert. Insbesondere die Bürgschaften/ Gewährleistungsverträge reduzierten sich von 3,86 Mrd. auf 0,934 Mrd. EUR (!), die Patronate von 5,4 Mio. EUR auf 0,8 Mio. EUR. Wohlgemerkt: das sind die Daten aus dem offiziellen und testierten Geschäftsabschluss der landeseigenen BIH.

Bedenkt man zudem, dass es sich offenbar nicht um eine Ansammlung überwiegender „Schrottimmobilien“ (Dr. Nussbaum) handelt, dann steht die Frage sehr drängend im Raum, was der Immobilienbestand der BIH effektiv wert ist. Der Verweis auf vereinzelte Investitionsruinen oder leerstehende Gewerbeimmobilien kann da nicht befriedigen, da die ganz überwiegende Zahl der Objekte offenbar vermietete Wohnimmobilien sind.

Nachdem der Landesparteitag am 13. November 2010 einen Verkauf der BIH abgelehnt hat und die Sicherung des Berliner Wohnungsbestands beschlossen hat, erstaunt es etwas, dass wenige Tage später mit Hochdruck das gegenteilige Modell eines vollständigen Verkaufs aller Bestände intern und seit einigen Tagen auch öffentlich vorangetrieben wird. Es war Michael Müller, der noch vor dem Lan-

desparteitag Anfang November im heftigen öffentlichen Schlagabtausch mit dem Finanzsenator erklärte, dass der Senator ohne ein vertraglich abgesichertes Vorkaufsrecht für die 20.000 Berliner Wohnungen den „Verkaufsvertrag gar nicht erst im Landesparlament vorzulegen braucht“. Nun sind es Michael Müller und Dr. Nussbaum in ungewohnter Eintracht, die den laut Tagesspiegel „ausgehandelten Kaufvertrag mit dem Investor Altyon“ bereits am 11. Januar 2011 zur Beratung in die Fraktion bringen wollen. Zum Investor Altyon hält die Immobilien-Zeitung.de aktuell u.a. fest: „[...] Zuletzt hatte es offenbar nur noch Verhandlungen mit der Londoner Investmentgesellschaft Altyon gegeben. Der Opportunist von der Insel war bereits im Sommer als wichtigster Gesprächspartner genannt worden. Dass es noch zu keinem Zuschlag gekommen ist, hängt offenbar damit zusammen, dass Investoren das Risiko scheuen, das mit dem Kreditvolumen der BIH im Umfang von mehr als 4 Mrd. Euro verbunden ist. Altyon war erst 2009 gegründet worden, spekuliert vor allem auf Notverkäufe und erwartet Renditen (IRR) von mindestens 12% im Jahr.“ (Immobilien-Zeitung.de vom 20.12.2010)

Diese Renditeerwartung passt gut zu den Ausführungen im aktuellen BIH-Geschäftsbericht, dem zu entnehmen ist: Der deutsche Wohnungsmarkt verzeichne „deutlich gesteigertes Investoreninteresse“, insbesondere bei großen institutionellen Investoren. Insbesondere in Städten mit anziehender Nachfrage und geringen Neubauniveaus zeichne sich „weitere Angebotsverknappung und damit steigende Wohnungsmieten ab“ (Bilanz 2009 Seite 1).

Vor dem Hintergrund des Unwillens oder Unvermögens der Finanzverwaltung, das effektive Risiko für das Land zu beziffern und zu belegen, angesichts der BIH-Bilanz als einziger verlässlicher Quelle und der wohnungs- und mietenpolitischen Dimension einer BIH-Verkaufsentscheidung hat sich die Berliner SPD-Linke (BL) am 18. Dezember 2010 gegen einen Verkauf ausgesprochen und die LPT-Linie bekräftigt, die mindestens eine Sicherung der Berliner

Immobilienbestände in öffentlicher Hand fordert. Warum dies eine „inakzeptable, verantwortungslose Haltung“ der BL sein soll, wie dies Fritz Felgentreu presseöffentlich erklärt, bleibt das Geheimnis der Abgeordnetengruppe um Annette Fugmann-Heesing, die sich wahrscheinlich treu geblieben ist und öffentlich Eigentum per se für verantwortungslos hält.

Wer verantwortlich über den vermeintlichen Verkaufsdruck und die BIH-Verkaufsoption entscheiden will, muss das „Fortführungsszenario“ der BIH in öffentlicher Hand zum Ausgangspunkt der Überlegungen machen. In diesem Szenario müsste die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung eine strategische Bewertung der Fonds-Wohnungsbestände vornehmen und klären, in welcher Trägerschaft (städtische Wohnungsbauunternehmen, Genossenschaftslösungen etc.) und mit welchen Beständen der sozial- und wohnungspolitisch der größte Mehrwert zu erzielen ist. Immerhin stecken in der BIH erhebliche Mittel des Landes Berlin und werthaltige Immobilien drin.

Es bleibt nach wie vor die Aufgabe und Bringschuld der Finanzverwaltung, die möglichen finanziellen Lasten dieses „Fortführungsszenarios“ einer langfristig rentablen Weiterentwicklung der BIH oder – gemäß LPT-Beschluss – die Kosten einer Herauslösung von (Berliner) Teilbeständen zu belegen. Erst wenn diese unverantwortlich hoch anzusetzen sind, wäre über die Bedingungen eines Verkaufs zu entscheiden, zu denen sicherlich prioritär die vollständige und wirksame Übertragung aller Risiken auf den Käufer, die umfassende und rechtlich belastbare Sicherung der Mieterrechte sowie ein vertraglich abgesichertes Vorkaufsrecht und ein angemessener Kaufpreis gehören.

Die Berliner SPD-Linke wird das Thema am 12. Januar zum Schwerpunktthema ihres Plenums machen. Interessierte GenossInnen sind herzlich eingeladen.

Berliner Immobilien Holding GmbH – BIH

Von Torsten Schneider, MdA

■ Die BIH mit Sitz in Berlin (Kreuzberg) hat 460 Mitarbeiter und ist ein Immobilienkonzern mit einem operativen Gewinn 2009 von 18 Millionen Euro. Einziger Gesellschafter der BIH ist das Land Berlin. Die wesentliche Konzernsubstanz sind die rund 600 Objekte/Anlagen (davon 16 im Ausland) mit ihren 41.100 Mieteinheiten, davon 38.300 Wohnungen und 2.800 Gewerbeeinheiten. 20.000 dieser Wohnungen liegen in Berlin. Das Mietvolumen beträgt 417 Mio. Euro pro Jahr. Die BIH ist einer der 20 größten Vermietter Deutschlands mit 6,81%iger Gewerbequote und damit

wohnungspolitisch relevant (Gewerbequote HOWOGE: 15,0%). Der Wert der BIH wird – ohne zugrunde liegende Begutachtung – auf zwischen 4 und 9 Milliarden Euro angenommen.

Die BIH verwaltet 29 Immobilienfonds, denen die Mietobjekte zugeordnet sind. Während diese Fonds 2006 zu rund 1/4 dem Land Berlin gehörten, haben wir unseren Anteil mit Zahlungen von bisher 2 Milliarden Euro auf derzeit etwa 96 % strategisch erhöht und kaufen derzeit weiter. Zugunsten der Fondszeichner (Teileigentümer) hatte das

Land Berlin 2002 nämlich eine sog. Risiko-abschirmung beschlossen und zu diesem Zweck ein Sondervermögen von 4,62 Milliarden Euro gebildet; was uns aber gehört, brauchen wir nicht länger abzuschirmen. Für diese Abschirmung (Erfüllungsübernahmen und Buchwert- und Kreditgarantien einschließlich Zinsen) wurden bisher 2,14 Milliarden Euro ausgegeben, so dass vom Land insgesamt (mit Anteilserwerb) rund 4 Milliarden Euro gezahlt wurden. Die restlichen ca. 600 Millionen Euro müssen den restlichen Anteilserwerb von 4 % decken, so dass uns dann 100% aller Fonds gehören; der Senat selbst ging bisher davon aus, dass alle Risiken mit dem Sondervermögen abgedeckt sind.

Der Finanzsenator scheint eine neue Risikobewertung zu haben, die aber sein Geheimnis bleibt und beabsichtigt, die BIH samt ihrer 20.000 Berliner Wohnungen ohne oder mit symbolischem Kaufpreis einem Londoner Investor zu übertragen. Dies wäre eine der größten Privatisierungen von Wohnimmobilien der Nachkriegsgeschichte, die in Berlin zahlreiche politische Fragen aufwirft. Der Privatisierung stehen die Grünen und Die Linke kritisch gegenüber, die FDP und die CDU befürworten sie grundsätzlich. Die CDU erhofft sich vor allem eine Neubewertung des Berliner Bankenskandals von vor 10 Jahren und die Grünen dessen erneute politische Debatte im Wahlkampf.

Ein Londoner Menschenfreund nimmt uns also das unbekannte „Risiko“ ab, dass wir uns selbst auf Zahlung von Mietgarantiedifferenzen in Anspruch nehmen und be-

kommt dafür die BIH, die wir gerade für dann insgesamt 2,5 Milliarden Euro zu 100% erworben haben. Dank eines Vorkaufsrechts erwerben wir dann aber die uns heute schon gehörenden 20.000 Berliner Wohnungen nochmal zum Preis von etwa 2 Milliarden Euro zurück. Dieses „sale and buy back“ wird Geschichte schreiben; so sehr ließe sich nicht einmal Frau Künast einseifen. Trotzdem treibt der Finanzsenator mit eindimensionalem Bauchgefühl diese Privatisierung voran.

Die BL hat in der Sache der Privatisierung der BIH der geltenden Beschlusslage der Berliner SPD entsprechend am 18. Dezember 2010 wie folgt votiert: „Da SenFin trotz des mehrmonatigen Diskussionsprozesses und trotz der gezielten Abfrage konkreter Daten zur Frage der realen Risiken für den Landeshaushalt nicht in der Lage oder nicht willens war, ein nachhaltiges und relevantes Risiko zu unterlegen, lehnt die BL einen Verkauf der BIH ab.“

Nachdem sich ein ganzer SPD-Parteitag mit strategischen Fragen der Rekommunalisierung befasst hat, die SPD heute viele Privatisierungen der Vergangenheit als Fehler einschätzt (Wasserbetriebe etc.) und ein im Verhältnis unbedeutendes Projekt A 100 vom Landesparteitag entschieden wurde, sollte diese strategische Bruchentscheidung nicht ohne Votum eines Landesparteitages durchgefummelt werden; insoweit wäre ein Beschluss des Landesvorstandes oder von 4 Kreisdelegiertenversammlungen nötig.

„Unsere“ Bürgerversicherung

Von Mechthild Rawert, MdB

■ Das Konzept Bürgerversicherung wurde auf dem Bochumer Bundesparteitag 2003 und nach einem umfassenden Bericht durch Andrea Nahles 2004 vom SPD-Parteivorstand beschlossen. Im Wahlkampf 2005 als auch 2009 haben wir dafür gekämpft, ohne dass großartige konzeptionelle Weiterentwicklungen erfolgt waren.

Den BürgerInnen standen seitdem zwei Welten zur finanziellen Absicherung im Krankheitsfall gegenüber: Erstens: Die der Union und FDP mit der einkommensunabhängigen Kopfpauschale, Ausbau der Trennung von privater und gesetzlicher Krankenversicherung und dem Umbau Richtung kapitalgedeckter, damit individualisierter Versicherungsformen. Zweitens: Die Welt der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke (jeweils mit unterschiedlichen Schwerpunkten), die Konzepte der Bürgerversicherung mit einer für alle BürgerInnen einheitlichen Pflichtversicherung und einkommensabhängigen Beiträgen („starke Schultern tragen mehr“), der zunehmenden Aufhebung der Trennung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung bei gleichem Zugang zu allen Leistungen des medizinischen Fortschritts und hoher Versorgungs-

qualität favorisierten. In der großen Koalition haben beide Lager einen Kompromiss geschlossen: Zusatzbeiträge für die Union, die Versicherungspflicht für alle für die SPD und der Gesundheitsfonds als Möglichkeit, ab 2009 das jeweils eigene Konzept durchzusetzen. Die jetzigen Regierungsgewinner sind bekannt.

Entrümpelung und/oder Überrumpelung

Ziel der am 02. Juli 2010 konstituierten Projektgruppe Bürgersozialversicherung ist sowohl die Weiterentwicklung des SPD-Finanzierungskonzeptes der Bürgerversicherung im Gesundheitswesen als auch die Entwicklung eines Leitbildes der Bürgersozialversicherung für alle großen Sozialversicherungszweige.

Die Projektgruppe hat zuerst in einem Presse-Hintergrundgespräch mit zwei Tage später erfolgender Presseberichterstattung als auch in zwei zeitgleich versandten Schreiben an Partei- bzw. Bundestagsmitgliedern über ihre „ersten Zwischenergebnisse“ informiert. Da Berechnungen zu den „Zwischenergebnissen“ noch nicht vorliegen und eine Information an die Mitglieder der AG

Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion durch ihren Sprecher erst am 20. Januar erfolgt, sind Bewertungen misslich. Fakt ist aber, dass diese „Zwischenergebnisse“ in wesentlichen Punkten eine Abkehr zu bisher geltenden Parteibeschlüssen darstellen, u.a.:

1. „Starke Schultern tragen mehr“

Bis dato sollte das Beitragssystem ausgebaut und durch die Ausweitung auf andere Einkommensarten und die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze mehr Einnahmen für die gesetzliche Krankenversicherung bringen. In den Zwischenergebnissen wird nun wie bei der Gesundheitsprämie auf ein steuerfinanziertes Modell verwiesen - welcher Art Steuer ist mir nicht bekannt. Laut Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen liegt der steuerliche Anteil an den gesamten Ausgaben 2010 bei rund 11,5 Milliarden Euro. Keine Äußerungen sind bekannt zur einheitlichen (?) Beitragshöhe, der Beitrag selber soll aber wieder paritätisch von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen gezahlt werden

2. „Einheitliches Krankenversicherungssystem“

Mittelfristig sollte die Trennung von PKV (häufig Beamte, Selbständige und Gutverdienende) und GKV aufgehoben werden und nur noch ein gemeinsames Krankenversicherungssystem existieren. Gemäß „Zwischenergebnisse“ sollen in Zukunft beide Versicherungsformen fortexistieren, die Privaten bieten in ihren Geschäftsbedingungen ebenfalls den Bürgerversicherungstarif an, die Altersrückstellungen in der PKV bleiben unangetastet. Erleichtert wird der freiwillige Wechsel in die GKV, sofern dieser für die Versicherten günstiger ist.

3. „Sicherheit für eine hohe Versorgungsqualität“

Gegen eine Zwei-Klassenmedizin, gegen Differenzierung beim Zugang und im Wartezimmer, gegen unterschiedliche Versorgungsqualitäten ist jedes Modell der Bürgerversicherung. Dafür Sorge tragen soll nun ein einheitliches Honorarsystem in der Höhe oberhalb des jetzigen gesetzlichen und unterhalb des jetzigen privaten für die LeistungserbringerInnen im stationären als auch den ambulanten Sektor.

Wir wollen Gerechtigkeit und Solidarität im Gesundheitswesen auf Einnahme- und Ausgabenseite. Die umlagefinanzierte solidarische Krankenversicherung hat in der Finanz- und Wirtschaftskrise ihren Stresstest hervorragend bestanden - anders die kapitalgedeckten Versicherungsformen der PKV, wo die Versicherungsunternehmen riesige Verluste zu verzeichnen hatten. Mir ist das Pampern der PKV daher nicht einsichtig. Unklar ist mir die zukünftige Rolle der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen.

Schon bei der Diskussion zur Gesundheitsreform 2007 und vor allem zur schwarz-gelben 2010 haben wir vehe-

ment darüber gestritten, inwieweit ein Weiterbestehen bzw. eine Stärkung der bipolaren Versicherungsordnung in GKV und PKV durch Änderungen im (deutschen bzw. europäischen) Kartellrecht zu Lasten der GKV erfolgt, obgleich diese über 70 Millionen Mitglieder und die PKV nur gut 8,2 Millionen Mitglieder hat. Hohe Bedeutung hat nun mal die nationalstaatliche Bindung an das Europarecht und hier vorherrschende Rechtseinsichten auch zum Gemeinwohl bzw. zur Daseinsvorsorge.

Hoch sind derzeit meine Befürchtungen, dass wir uns in Richtung Niederländisches Modell bewegen. Dort

- gibt es eine Versicherungspflicht für alle mit einem gesetzlich festgelegten Standard-Leistungspaket,
- sind Anbieter gesetzliche Krankenkassen (die sich auch zu privaten Anbietern umfunktionalisieren können) und private Krankenversicherungsunternehmen, die z.B. Gewinne auch an ihre Gesellschafter auszahlen können,
- ist der Wettbewerb unter den Versicherern groß, Änderungen der Kasse bzw. des Versicherungsunternehmens sind jährlich möglich,
- kann jeweils individuell gewählt werden, ob das Sachleistungsprinzip oder „Vorkasse“ oder eine Kombination von beidem vereinbart werden.

Das ist auf jeden Fall nicht mehr das solidarische und umlagefinanzierte System wie wir es bis dato kennen und für das wir gekämpft haben.

Überzeugung politischer Freunde und WählerInnen

Bei der Bekanntgabe der Zwischenergebnisse der Projektgruppe wurde der Weg gewählt: erst die Öffentlichkeit und dann die Parteimitglieder bzw. die SPD-Bundestagsfraktion. Ich bin schon sehr gespannt auf die diesbezüglichen Diskussionen in der SPD-Bundestagsfraktion am 13./14. Januar in Magdeburg. Zumindest die GesundheitspolitikerInnen zeigten sich „zurückhaltend begeistert“ über die bis dato nicht bekannten Elemente des SPD-„Systemwechsels“ und der offenkundigen Abgrenzung zum Modell des DGB, welches wenige Tage zuvor vorgestellt wurde.

Mit dem neuen Modell sollen „die mittigen Wählerschichten“ überzeugt werden und das „Verhetzungspotential“ - Abzocke der Mittelschicht - reduziert werden. Schon im Januar soll eine umfangreiche Kampagne starten, um Bürgerinnen und Bürger über „unser“ Konzept zu informieren - ich frage mich, auf welcher Grundlage? Sehr gut, dass wir es in Berlin z.B. bei der Erstellung des Wahlprogrammes wirklich völlig anders machen und auf den Zusammenhalt und den Kenntnisreichtum der Parteimitglieder setzen.

Berliner Linke ■ c/o Rackles ■ Bischweierstr. 11 ■ 14163 Berlin

SprecherInnen:

- Alexander Goetz
- Dilek Kolat, MdA
- Barbara Loth
- Mark Rackles
- Mechthild Rawert, MdB
- Raed Saleh, MdA
- Marc Schulte

EINLADUNG

Liebe Genossin, lieber Genosse,

Berlin, 22. Dezember 2010

auf dem (sehr erfolgreichen) letzten Landesparteitag spielte die Frage der Rekommunalisierung und grundsätzliche Abkehr von den sehr schlichten Privatisierungsstrategien der Vergangenheit eine zentrale Rolle. Auch die Option eines Verkaufs der sog. Berliner Immobilien Holding (BIH) spielte eine exponierte Rolle und wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt; es wurde der Auftrag an den Senat formuliert, die Berliner Wohnungsbestände innerhalb der BIH zu im Landeseigentum zu halten. Die Sachlage hat sich offenbar kurz nach dem Parteitag grundlegend verändert. Ein langfristig vorbereiteter, unterschriftsreifer Verkaufsvertrag soll auf Betreiben von Michael Müller bereits im Januar in der SPD-Fraktion beraten werden und gem. Zeitplan der Finanzverwaltung möglichst noch im Januar 2011 zum Abschluss kommen.

Wir würden gerne diese aktuelle Frage in die Frage einbetten, wie wir die beschlossene Politik einer Re-Kommunalisierung konkret in den Bereichen Wasser, Energie, Verkehr und Wohnen umsetzen und mit Dir diskutieren. Auf Einladung der Abgeordneten Dilek Kolat findet statt:

Plenum der Berliner Linken

am Mittwoch, 12. Januar 2011

um 19:00 Uhr

im Berliner Abgeordnetenhaus, Raum 376

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

TOP 1: Rekommunalisierungsstrategie der SPD-Berlin – wie konkret weiter nach dem LPT?

TOP 2: Verkaufsoption Berliner Immobilien-Holding (BIH) – wie weiter mit 20.000 Berliner Wohnimmobilien?

TOP 3: Aktuelle Bundespolitik (insb. „Neujustierung“ der SPD-Bürgerversicherung)

TOP 4: Verschiedenes

Mit solidarischen Grüßen

Mark Rackles

Für den SprecherInnenrat

Bitte an die jährliche „Revolutionssteuer“ denken: 15,- € (Erwerbslose/ Studis/ RentnerInnen: 10,- €)
Konto-Inhaber: Mark Rackles/ „Berliner Linke“ + Konto-Nr. 620 190 710 + Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00